

ANFRAGE

des Abgeordneten Hermann Brückl
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
betreffend Zimmervermittlungsplattformen

Die Allgemeine Hotel- und Gastronomie-Zeitung hat am 22. Februar 2016 über die Zimmervermittlungsplattform „Airbnb“ berichtet:

„Die Hotellerie läuft Gefahr, dass verstärkt Gäste in das Privatzimmer-Segment abwandern und nicht wieder zurückkommen. Kunden, die einmal eine Unterkunft über Airbnb gebucht haben, kommen oft meist nicht in die herkömmliche Hotellerie zurück. Das ist ein Ergebnis einer Umfrage von Goldman Sachs unter 2000 Verbrauchern in den USA, wie das Nachrichtenportal Bloomberg berichtet.

Selbst bei Verbrauchern, die normalerweise herkömmliche Hotels bevorzugen, halbiere sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie wieder ein solches Hotel buchen, wenn sie in den vergangenen fünf Jahren einmal in einer Privatzimmer-Unterkunft übernachtet haben. Die Umfrage zeigt außerdem, dass die Privatzimmer-Branche weiter wächst. Haben ein Jahr zuvor noch 11 Prozent der Befragten auf Reisen eine solche Unterkunft genutzt, waren es jetzt 16 Prozent. Auch die Vertrautheit mit Sharing-Seiten wie Airbnb wachse.“

Dies ist insbesondere bedenklich, als eine Studie im Auftrag der Tiroler Landesregierung für das Jahr 2016 ergeben hat, dass dem Staat durch diese – oft illegale – Zimmervermietung im Jahr 2016 mehr als 9 Mio. Euro entgangene Mehrwertsteuer sowie 4,5 Mio. Euro entgangene Orts- und Kurtaxen drohen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft folgende

Anfrage:

1. Wie stehen Sie zu Zimmervermittlungsplattformen wie etwa Airbnb?
2. Inwiefern sehen Sie die österreichische Hotellerie und Hotelbetriebe durch diesen Trend gefährdet?
3. Wie gedenken Sie dem entgegenzuwirken?
4. Inwiefern kann Österreich als Tourismusstandort durch diesen Trend profitieren?
5. Wie viele österreichische Anbieter auf diversen Zimmervermittlungsplattformen wie zB. Airbnb gibt es ca.?
6. Liegen Reaktionen seitens österreichischer Bundesländer sowie Städte und Gemeinden zu dieser Thematik vor, und wie sehen diese aus?


2572





AIHo

